

Antragsteller, Firma, Stempel

# Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis

Anschrift der zuständigen Behörde

Stadtverwaltung Suhl  
Ordnungs- und Bürgeramt  
SG Gewerbe / Straßenverkehrsbehörde  
Friedrich-König-Straße 42  
98527 Suhl

für die Durchführung einer Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. § 29 StVO

einer Verkehrsrechtlichen Anordnung gem. § 45 Abs. 6 StVO

Anlagen:

1 Strecken- oder Lageplan

1 Nachweis über Veranstalterhaftpflichtversicherung

Zur Durchführung von einer erlaubnispflichtigen Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund beantragen wir

Name des Veranstalters	Telefon	Fax
Vertreten durch (Verantwortlicher)	eMail:	
Wohnsitz und Anschrift des Veranstalters		

die Erlaubnis gemäß § 29 Abs.2 StVO

<input type="checkbox"/> Art und Anlass der Veranstaltung		
<input type="checkbox"/> Ort (Gemeinde)	<input type="checkbox"/> Tag	
<input type="checkbox"/> Zeitraum (Uhrzeit von/bis)	<input type="checkbox"/> Start und Ziel (Ort)	
<input type="checkbox"/> Zahl der voraussichtlichen Teilnehmer	Fahrzeuge:	Personen:
<input type="checkbox"/> Festwagen:	Musikkapellen:	Pferde:
<input type="checkbox"/> Streckenverlauf (Streckenbezeichnung) / Flächen, auf der der öffentliche Verkehrsgrund in Anspruch genommen wird / Lageplan mit Streckenplan beilegen		

Ferner wird beantragt

der Erlass einer Verkehrsrechtlichen Anordnung gem. § 45 Abs. 6 StVO (Verkehrsbeschränkung bzw. Verkehrsverbote)

in der

Straßenbezeichnung (Straßenname):

Straßenzug bzw. Streckenbezeichnung (Bundesstraße, Landstraße I. oder II. Ordnung Nr.) zwischen km und km:

Streckenlänge:

Art der Verkehrsbeschränkung:

Umleitungsstrecke (Straßenbezeichnung und Mehrlänge - Lageskizze anliegend):

Erklärung:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. § 18 des Thüringer Straßengesetzes darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich, diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers